

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Verantwortliche
Lagerung
Herausg. Nr. 52
Postfach Nr. 52

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weihen befähigter Blatt.

Veranstaltung
Deutsch 1330
Straßen
Riesa Nr. 52

Nr. 6.

Dienstag, 8. Januar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Reich 25 Pfennig ohne Zustelgebühren. Für den Fall des Stützpunkts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Kuponen für die Nummer des Ausgabepreises sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erhalten an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundschicht-Papier (6 Silben) 16 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Klammergröße 100 Gold-Pfennige; getraubenes und tabellarischer Satz 10%, Aufschlag. Jede Zeile, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgang eingezogen werden und über der Auftraggeber in Rechnung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftigste Unterhaltungsbeiträge beim Hauptzollamt auf Verlangen oder nach Zahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gosthofstraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Ein gordischer Knoten durchhauen!

Der Staatsstreik des jugoslawischen Königs ist gewiss eine Tat, die gemessen an dem heutigen Stand des Parlamentarismus im überwiegenden Teile Europas zweifelhaft, zum mindesten aber höchst ungewöhnlich ist. Die Tat ist Aufhebung der Diktatur, Vergeßung eines Parlamentarismus, wenn man auch will, Beseitigung eines Mehrheitswillens alles in einem. Sie zeigt russisches Gepräge, Ideen eines Primo de Rivera. Aber nur in der Handlung selbst. Das Warum unterscheidet sie aber grundsätzlich von dem Diktatorssystem Italiens oder Spaniens. König Alexander hat den Parlamentarismus seines Landes, hat die Diktatur seines königlichen Hauses, hat die Einrichtung des Parlaments und der Selbstverwaltungen der Gemeinden nicht beseitigt, aus einer Erkenntnis ihrer Unzweckmäßigkeit, nur weil ein Konflikt vorlag, der, ungewöhnlich in seiner Art, auch nur durch das ungewöhnliche Mittel einer völligen Aushöhlung aller bisherigen verfassungsmäßigen Rechte des Volkes gelöst werden konnte. Der jugoslawische Staat stand auf Grund des bei den gegenwärtigen Verhältnissen unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Österreichern und Kroaten vor der Frage des Seins oder Nichtseins. Hier gab es keine Möglichkeiten des Kompromisses oder eines parlamentarischen Ausgleiches. Die Meinungen hielten sich gegenüber. Die Forderungen der Kroatenführer in Agrum waren sehr weitgehend und scharf umrissen formuliert. Das Rein der österreichischen Parlamentsgruppen war fest und unbeugsam. Die Versuche, beide Standpunkte auf eine beide Teile befriedigende Formel zu bringen, scheiterten so oft, wie sie auch gemacht wurden. Die Leidenschaften in beiden Lagern ausgemüht gerade durch den Austrag des Kampfes auf einem rein parlamentarischen Boden, machten jede Lösung durch Mittel, die innerhalb der Verfassung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen lagen, unmöglich. Nur ein außerordentliches Mittel, in diesem Falle also nur der Bruch der Verfassung, konnte — vielleicht helfen. Dieses Mittel bleibt auch heute noch der Anwendung des Mittels bestehen. Aber die Krone selbst hat das Bagnis auf sich genommen, den Mut zu diesem Experiment aufgebracht. Und da es in ganz Jugoslawien keine Institution gibt, die das Vertrauen des ganzen Volkes gleich hart gehört wie gerade der Krone, so steht das Bagnis und das Experiment nicht vor Unmöglichkeit. Aber nicht die Tat der Aushöhlung aller bestehenden verfassungsmäßigen Rechte selbst wird die Lösung bringen. Denn sie ist nur eine vorbereitende Handlung, nur das Mittel zum Zweck einer Reorganisation von Verhältnissen. Also ein Provisorium, aus dem eine neue Konstruktion, ein neuer Staat, eine neue Bindung der verschiedenen Völker dieses Staates, eine neue Formel in dem Zusammenleben dieser Völker entstehen sollen.

Das erklärt vielleicht auch das reifliche Beseitigende des Staatsstreikes, die reifliche Beseitigung aller Volksrechte, die weiter geht, als die Diktatorysteme Mussolinis oder Primo de Riveras. Alle Macht des Staates erhält der König, alle Rechte der bisherigen selbständigen Gemeinden werden den Organen der Krone übertragen, ein parlamentarischer Gebilde, das nur einigermaßen den Wünschen der verschiedenen Volksgruppen Ausdruck geben könnte, besteht nicht mehr, die Presse des Landes steht unter Vorzensur, jede Kritik an den Maßnahmen der Krone, letzten Endes an den Entscheidungen des Königs ist unmöglich gemacht. Man könnte also sagen: Rückfall in den krassesten Despotismus des Mittelalters. Würde man sagen, wenn man nicht wüßte, zu welchem Zweck diese Umwälzung, wenn man nicht wüßte, daß sie nur einsam und allein da ist, um die schwerwiegendste Krise des ganzen Staates zu lösen, die Einheit der Nation zu retten, den Parlamentarismus einer Aufgabe zu entziehen, der er sich nicht gewachsen sah. Der Staatsstreik des Königs ist somit auf rein idealistische Motive zurückzuführen, er hat nichts mit dynastischen Interessen zu tun, nichts mit Fragen, die nur einer Bevölkerungsgruppe des Landes dienen oder einer Berufsrichtung oder einer Klasse. Er will nur Rettung sein des Staates, der Einheit dieses Staates, also des Volksganzen als Nation. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen gewinnt die Tat des Königs ein ganz anderes Aussehen. Man kann sie als die Verwirklichung der Diktatur bezeichnen, man kann auch sagen, daß sie nur eins will: Verwirklichung eines Mehrheitswillens. Die Völker des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen haben ihre Differenzen, aber über diese Differenzen hinweg, haben sie alle den Willen zum Zusammenhalten des Staates. Dieser Wille ist das Bindende, das Wesentliche eines durchaus geeinten Volksgemeinschaft. Diesem Volksgemeinschaft trägt der Staatsstreik Rechnung. Gegenläufige, die durch das parlamentarische Mittel nicht gelöst werden können, lassen sich nur durch Gewalt oder durch einen Schiedspruch, dem sich alle fügen, lösen. Die Verfassung Jugoslawiens gab einem solchen Schiedspruch keinen Raum. Sie mußte also fallen für diesen Schiedspruch, der die Lösung einfach sein muß.

Das jugoslawische Volk in seiner Mehrheit hat den Sinn dieser königlichen Tat anscheinend erkannt. Die Kroaten dürften zufriedener sein als die Österreicher, weil sie ja das Neue wollten, letztere das Bestehende. Der Staatsstreik des Königs zeigt also auch, daß die Krone die Forderungen der Kroaten nicht als unecht oder staatsverräterisch oder als einen Versuch der Lösung einer Einheit der Nation bewertet. Das kann die Ueberzeugung geben, daß ihr Schiedspruch, dessen Vorbereitung der Staatsstreik ja darstellen soll, loyal die berechtigten

Die neue Lage in Jugoslawien.

* Belgrad. (Tel.) Weder die Auflösung der Stupischina noch die Aufhebung der Staatsverfassung vom Januar 1921 haben in Belgrad politischen Kreisen überrauschend gewirkt. Man war in der letzten Zeit selbst in Regierungskreisen davon überzeugt, daß die zerrütteten Verhältnisse zwischen den verschiedenen Landesteilen des jugoslawischen Königreichs und die unrichtigen Beziehungen zwischen Agrum und Belgrad einen Stillstand des gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens in Jugoslawien zeitigten. Die nunmehr eingetretene Wendung, die Uebernahme der gesetzgeberischen Aufgabe durch den König, die Einführung des außerparlamentarischen Regimes mit einem General an der Spitze, können nicht als Militärdiktatur angesehen werden, da dem Kabinett des Generals Jivković auch bedeutende politische Persönlichkeiten angehören. Es ist eine neue Ära in Jugoslawien angebrochen, die, wie man allgemein behauptet, zu einer Festigung der innerpolitischen Verhältnisse führen soll. Nach der Proklamation des Königs wird überall eine gewisse Erleichterung sowohl bei den Serben als auch bei den objektiv denkenden Kroaten und Slowenen empfunden.

Wie die Telegraphen-Union von einer gut unterrichteten Persönlichkeit erfährt, hat zu der unerwarteten Wendung in der Regierungskreise die Entschloßene Matichs in den Besprechungen beim König wenig beigetragen. Die Auflösung Matichs, so meinte der Politiker, geht in ihren Forderungen nach einer neuen Staatseinrichtung weiter, als die Forderung des verstorbenen Stefan Raditsch. Wenn Matich etwas vorsichtiger vorgegangen wäre und ähnlich wie Pribitschewitsch eine Aenderung der Staatsverfassung und Neuwahlen gefordert hätte, hätte man noch eine andere Kombination in Betracht ziehen können. Wie sich die Kroaten zu dem neuen Regime verhalten werden, bleibt abzuwarten. Allerdings ist es nicht so sehr das außerparlamentarische Regime, für das die Kroaten und insbesondere die bäuerlich-demokratische Koalition viel Reizung beweisen, das von ihnen abgelehnt würde, sondern die Auflösung der Selbstverwaltungen und der besonders in der letzten Zeit eine rege Tätigkeit entfaltenden Distriktsversammlungen, die schmerzhaft empfunden wird.

Agrum und der Staatsstreik.

* Agrum. (Telunion.) Die belgradfreundliche Briefe Agrums erklärt, daß der Staatsstreik König Alexanders die Kroaten und die serbisch-orthodoxen Kroaten vollumfänglich befriedigt und ihnen eine Hoffnung auf Erfüllung ihrer Forderungen gebe. Dr. Matich habe am 8. ds. Mis. Vertreter erklärt, er hoffe, daß nach Beseitigung der zentralistischen Verfassung die Ideale der Kroaten verwirklicht und sie Herren in ihrem eigenen Heime würden. Obwohl dieser Optimismus bereits durch das Bekanntwerden der Liste des diktatorischen Kabinetts, das durchweg den kroatischen Forderungen ablehnend gegenüberstehende Personen aufweist, wesentlich beeinträchtigt wird, so ist man sich in den Kreisen der Kroaten jetzt nach Bekanntgabe der Auflösung der Gemeindeautonomie und aller kroatisch-nationalen Parteien, Vereine und Organisationen vollkommen im klaren darüber, daß das absolutistische Regime weit davon entfernt ist, auch nur einen Teil der kroatischen Forderungen zu erfüllen.

Die Aufnahme der Vorgänge in Jugoslawien in der Pariser Presse.

Paris. Die gesamte Morgenpresse bezeichnet das Vorgehen König Alexanders von Jugoslawien als einen Staatsstreik, wobei sie aber zum Teil betont, daß dem König angelehnt der gegenwärtigen Zustände nichts anderes übrig bliebe.

Es wird in Paris verglichen das Vorgehen des Königs mit dem von Putschisten, der seine Diktatur Jahre hindurch mit einem demokratischen Aufputz umgeben habe, auf den König Alexander verachtet habe. Er habe geglaubt, daß es besser sei, ganze Arbeit zu leisten und sich von jeder Bedrohung durch Jutzigen und von jeder Kontrolle zu befreien. Offensichtlich habe die lange Dauer der Diktaturen in Italien, Spanien, Portugal und in der Türkei das Vorgehen des Königs angeregt.

Kontrast ist der Ansicht, daß das junge Jugoslawien an einem Wendepunkt seiner Geschichte angelangt sei. Der König hat eine große Verantwortung übernommen. Er hat es getan, so schreibt das Blatt, um die innere Einheit zu retten, die der größten Gefahr ausgesetzt war. Es liegt uns fern, die Lage in Jugoslawien mit unserer eigenen zu vergleichen, aber wer macht sich nicht klar, daß in der Lage des Parlamentarismus eine Krise eingetreten ist? Wir wollen nicht daran erinnern, daß er sterblich ist. Der französische Parlamentarismus kann sich nur durch sich selbst retten; das Land bleibt ihm verbunden. Unheil würde es bedeuten, wenn die jetzigen Mandatäre bei der gegenwärtigen Konjunktur den Fehler begingen, das Land zu enttäuschen oder ihm Fehl einzulassen.

Genau erklärt: Eine Regierung ohne Stupischina ist besser als eine Stupischina ohne Regierung.

Belgrad schreibt: Wenn König Alexander die Beziehungen zwischen den Kroaten und den Slowenen geschmeidiger

Wünsche aller Völker des Königreichs berücksichtigen will. Eine solche Handlungsweise nennt man Demokratie. Wo-

machen will, kann er über eine sehr gefährliche Krise hinwegkommen, wenn er aber durch eine vorübergehende Diktatur strenge Maßnahmen, namentlich in Kroaten, durchsetzen will, die eine parlamentarische Regierung nicht durchsetzen kann, wird es maßrichtig eine blutige Operation hervorgerufen.

Im Populaire heißt es: König Alexander will das autoritäre Regime, das mit dem Zarismus aus Europa verschwunden ist, wieder aufrichten.

Im Populaire wird ausgeführt: Das Vorgehen Alexanders von Jugoslawien bedeutet einen außerordentlich gefährlichen Akt für den Frieden Europas. Was werden die europäischen Demokratien angesichts dieses neuen Fortschritts des Faschismus unternehmen? Hat nicht vor allem die französische Demokratie ein Wort zu sagen? Vergessen wir doch nicht, Jugoslawien ist mit Frankreich alliiert. Nichts geschieht in Belgrad, das wirfen wir uns doch klar machen, ohne die wenigstens schweigende Zustimmung des Quai d'Orsay. Hat der französische Gesandte in Belgrad um die Ereignisse, die sich vorbereiten, gewußt? Wenn ja, hat er dem König und seiner militärischen Elite begreiflich gemacht, daß die französische Demokratie nicht stillschweigend die Institution eines absolutistischen und faschistischen Regimes in Belgrad dulden kann? Der Staatsstreik ist nun ausgeführt. Was gedenkt die französische Regierung zu tun, um der Belgrader Regierung Achtung vor der Freiheit der Völker und dem Recht Europas auf Frieden einzusprechen?

Somme Libre sagt: Der erste Eindruck ist Bestärkung, der zweite Angst.

Rom und die Vorgänge in Jugoslawien.

Rom. (Tel.) So stark das Interesse in Italien für die letzten Vorgänge in Jugoslawien zweifellos ist, so wenig man doch augenblicklich nicht, wie man sich zu dem Umsturz in Belgrad stellen soll. Bisher hat nur spärlich Kommentare erschienen und auch diese zeichnen sich durch die größte Zurückhaltung aus. Vor allem wird betont, daß Italien mit Ruhe und ohne Parteinahme die Vorgänge in dem jugoslawischen Nachbarstaat beobachten müsse.

Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ bezeichnet die Verfassungsänderung als eine Politik der Verzweiflung. Die neue Regierung sei vor allem königlich und militärisch. Daran ändere sich nichts, daß mehr Zivilisten als Offiziere an der Regierung beteiligt seien. Die neue Regierung sei eine Diktatur, die letzten Endes auf die Verleugung des Königs zurückgehe. Es bleibe abzuwarten, ob mit diesem extremen Mittel die innere Krise Jugoslawiens überwunden werden könne. Die bisher eingenommene Haltung der kroatischen Opposition gewähleichte den Frieden nicht. Das Blatt schließt mit der Feststellung, daß in Jugoslawien sicherlich noch andere Ereignisse von großer Bedeutung bevorstünden.

Daß die Entwicklung in Jugoslawien den italienischen Blättern im allgemeinen einen unvollkommenen Anlaß zu Kritiken des verfallenen parlamentarischen Systems bietet, ist verständlich. Da man hier das parlamentarische System abgelehnt hat, muß jede anderweitige Ausgestaltung der Volksvertretung als ein Beweis für die Nichtigkeit der antiparlamentarischen Methoden des Faschismus angesehen werden.

Die Beurteilung der Ereignisse in Wien.

Wien. (Telunion.) Die Wiener Morgenblätter setzen sich zu den Vorgängen in Belgrad: Paris, soweit es recht orientiert ist, klärt sich. In Berlin kommt man zu und in Budapest erblüht der alte Sarkotitsch, einstmalig General und Gouverneur von Bosnien, in der gegenwärtigen Situation für die Wiederherstellung des einstigen Königreichs Kroaten im Rahmen des gegenwärtigen jugoslawischen Staates. Die autonomen Verordnungen Agrums sind an einem entscheidenden Punkte angelangt. Die Kroaten auf ihre alte Kultur hoffend, haben wenig Reue, sich als Kriegsbeute betrachtet und behandeln zu lassen. Nun hat der König die ihnen vererbte Stupischina nach Hause geschickt. Die Kroaten haben also ihre Auflösung nach dem König als Verbündeten gewonnen. Sie erhoffen also von der Diktatur, was ihnen der Parlamentarismus verweigerte.

Die Neue Freie Presse schreibt:

Besonders hart dürfte bei dem Entschluß des Königs der Umstand ins Gewicht gefallen sein, daß sowohl von Paris wie von London sehr ernste Warnungen kamen. Nachträge wurden erteilt, dem kritischen Verhältnis der beiden Nationen ein Ende zu machen. Sogar England, das sonst in Balkan-Angelegenheiten sich sehr wenig einmischt, begann durch den Gesandten in Belgrad eine Aktion der Vermittlung. König Alexander konnte sich nicht diesen Wünschen verschließen. Er mußte einsehen, daß die bisherigen Mittel seineswegs ausreichten, und daß sein ethisches Bemühen vergeblich sei. Jugoslawien braucht Kredit im Ausland und braucht eine geschlossene Front angesichts der internationalen Lage. Es muß irgendwie mit Italien zu einer Stabilität gelangen. Da ja der Freundschaftsvertrag abläuft und eine Richternormung gewiß nur die Folge haben könnte, neuen politischen Junkhof anzuhimmeln. Diese Erwägungen der auswärtigen Politik haben höher bei dem Staatsstreik und bei der Einsetzung eines absolutistischen Kabinetts mitgespielt.

mit dem König Staatsstreik letzten Endes seine Auslegung gefunden haben könnte.